



Bildungsgerechtigkeit von Anfang an

Bildungsgerechtigkeit von Anfang an
Bundesregierung beschließt Stellungnahme zum nationalen Bildungsbericht/ Wanka: "Meister-BAföG auch für Bachelor-Absolventen öffnen"
Das Kabinett hat heute die Stellungnahme der Bundesregierung zum fünften nationalen Bildungsbericht beschlossen. Der im Juni 2014 vorgelegte Bericht "Bildung in Deutschland 2014" hatte in allen Bildungsbereichen positive Entwicklungen festgestellt: der bedarfsgerechte Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren ist weitgehend gelungen, immer weniger Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss, mehr als jeder zweite Schulabsolvent verfügt über eine Hochschulzugangsberechtigung und die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger übersteigt bei weitem die von Bund und Ländern gesetzte Zielmarke. Als Herausforderungen nennt der Bericht die soziale Ungleichheit bei der Bildungsbeteiligung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, sowie die Neubestimmung des Verhältnisses von Hochschulbildung und beruflicher Bildung.
Die Bundesregierung betont in ihrer Stellungnahme, dass die frühkindliche Bildung zentral für gute Startchancen und die Integration im Bildungssystem ist. Sie hat deshalb ihre Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Verbesserung der Qualität deutlich aufgestockt. Zudem werden die Sprach- und Leseförderung und die Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiter gestärkt. Mit der bereits gestarteten Initiative von Bund und Ländern zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung soll eine bessere Integration und individuellere Förderung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden. "Wir brauchen Bildungsgerechtigkeit von Anfang an und an den Übergängen im Bildungssystem. Deshalb investiert die Bundesregierung in die Zukunft unseres Landes und entlastet zugleich die Länder, damit diese ihren Aufgaben besser gerecht werden können."
Bereits vom 1. Januar 2015 an plant der Bund, die vollständige Finanzierung der Geldleistungen nach dem BAföG für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler zu übernehmen und die Länder dauerhaft um rund 1,17 Mrd. Euro pro Jahr zu entlasten. Massive Investitionen der Bundesregierung sichern die Attraktivität und Qualität des Hochschulstudiums. Hochschulpakt und Qualitätspakt Lehre zielen darauf ab, gute Studienbedingungen zu sichern und zu schaffen. Mit dem angestrebten 25. BAföG-Änderungsgesetz wird die Bundesregierung die finanziellen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Im Wintersemester 2016/2017 sollen dann die Sätze und Freibeträge beim BAföG um jeweils 7 Prozent angehoben werden und so der Kreis der Berechtigten um etwa 110.000 Studierende ausgeweitet werden.
Einen Schwerpunkt wird die Bundesregierung darauf legen, die berufliche Ausbildung zu stärken und den positiven Trend zur Weiterbildung zu unterstützen. "Das Kabinett hat im Zuge der BAföG-Novelle bereits beschlossen, dass auch das Meister-BAföG verbessert wird", sagte Wanka. So werden der Unterhaltsbeitrag von 697 Euro auf 760 Euro erhöht und die Einkommensfreibeträge heraufgesetzt. Zusätzlich kündigte die Bundesbildungsministerin an, dass im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz die Fördermöglichkeiten erweitert werden sollen. "Beruflich vorqualifizierte Bachelor-Absolventen sollen für eine Aufstiegsfortbildung auch Meister-BAföG bekommen können", sagte Wanka. "Mit dem Meister-BAföG wollen wir neben dem "klassischen" beruflichen Aufsteiger und Studienabbrechern mit beruflicher Qualifikation auch den Weg zum Meister unterstützen, wenn jemand bereits erfolgreich studiert hat und jetzt einen Handwerksbetrieb übernehmen will."
Der Bericht "Bildung in Deutschland 2014" wurde von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellt und aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland finanziert.
Weitere Informationen unter: <http://www.bmbf.de/de/14389.php>
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Hannoversche Straße 28-30
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (0)30/18 57-50
Telefax: +49 (0)30/18 57-55 51
Mail: presse@bmbf.bund.de
URL: <http://www.bmbf.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

10115 Berlin

bmbf.de
presse@bmbf.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

10115 Berlin

bmbf.de
presse@bmbf.bund.de

Die Innovationskraft unseres Landes zu stärken, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und die Qualität der Bildung zu erhöhen, das sind die Ziele des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Wir wollen mit innovativen Technologien neue Märkte fördern und Forschung für den Menschen betreiben. Die Menschen in unserem Land sind die wichtigste Zukunftsressource. Es gilt, alle Talente zu fördern und Chancengleichheit zu verwirklichen. Deutschland soll innerhalb von zehn Jahren wieder zu einer der führenden Bildungsnationen werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird seit dem 22. November 2005 von Bundesministerin Dr. Annette Schavan geleitet. Bei ihren Aufgaben unterstützen sie die Parlamentarischen Staatssekretäre Thomas Rachel und Andreas Storm sowie die beamteten Staatssekretäre Michael Thielen und Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer. Das Bundesministerium mit seinen rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist in neun Abteilungen gegliedert.